



M i l l a h a d e r Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

ersch. täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis monatlich 1,40 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Bezugspreis monatlich 1,75 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Mikrotanto Nr. 50 bei der Oberamtspoststelle Reudersburg Amtsstelle Wildbad. — Postkonto: Enztalbote Haberle & Co., Wildbad; W. G. Heimer Oberpostdirektion Postamt Wildbad. — Postfachkonto 20 74 Stuttgart. Anzeigenpreis: Die einpaltige Zeile oder deren Raum im Beleg Grandpreis 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Restanzpreis 50 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Anzeigenverteilung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluß der Anzeigennahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Anzeigenfällen oder wenn gerichtliche Betreibung notwendig wird, fällt jede Rabattharstellung weg. — Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstraße 84, Telefon 479. — Wohnung: Haus Bollmer.

Politische Wochenrundschau

Immer noch beschäftigt sich die internationale Meinung mit unserer Zollunion. Doch ebbt die anfängliche Hochflut der Entrüstung und der Bewunderung zusehends ab. Besonders in England. Hier hauptsächlich auf Betreiben des „Observer“, der rundweg erklärt: „Was Deutschland verlangt, ist nichts anderes, als daß es ebenso gut ein Recht habe wie jeder andere Staat, sich seine eigene Meinung über die Grenze der Vertragsfähigkeit Oesterreichs zu bilden. Jede Macht führt ihre Zollverhandlungen unabhängig. Deutschland kann sich nicht als ein erobertes und minderwertiger Staat behandeln lassen. Es hat vielmehr ein Recht auf Gleichberechtigung. Der Völkerbund ist kein Unterdrückungsinstrument für die Aufrechterhaltung der Ungleichheit unter seinen Mitgliedern.“

Das ist, was wir Deutsche auch meinen. Dieser Stimmung, die in England immer mehr um sich greift, scheint auch der Außenminister Henderson nachgeben zu wollen. Er bestreitet jetzt nicht mehr die politische und wirtschaftliche Zulässigkeit der Zollunion. Er will nur ihre „juristische Haltbarkeit“ geprüft haben, nämlich, ob sie mit der Genfer Abmachung vom 4. Okt. 1922 rechtlich vereinbar sei, d. h. ob nicht durch sie die dort verbriefte Unabhängigkeit Oesterreichs gefährdet sei. Als ob durch die Zollunion zwischen Luxemburg und Belgien, Südschweden und Rumänien, Estland und Lettland die Souveränität dieser Staaten eingeschränkt worden wäre! Kein Dr. Curtius hat ganz recht, wenn er vor ein paar Tagen im Reichsrat erklärte: „Der rein wirtschaftliche Charakter des deutsch-österreichischen Plans steht nicht im Widerspruch zu völkerrechtlichen Verpflichtungen und Bindungen.“

Freilich in Frankreich denkt man anders. Und Briand hatte keinen leichten Standpunkt, als er vor dem Senat zu der Zollunion Stellung nehmen mußte. Er mußte — es blieb ihm gar keine andere Möglichkeit — unter Wölfen mit ihnen auch heulen. Und das tat er auch ganz gehörig: In den Beziehungen zu Deutschland ist ein Stillstand eingetreten, die Bedingungen der europäischen Zusammenarbeit seien verletzt, die lokale Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen seien in Frage gestellt worden. Frankreich werde sich mit allen seinen Möglichkeiten der Verwirklichung dieses Unternehmens entgegenwerfen.

Es ist wahrhaftig nicht schwer, jene Vorwürfe zu entzwecken. Unter Außenminister Dr. Curtius hat dies sachlich, völlig unperfönlich und leidenschaftslos getan, so hinreichend, daß man kein Wort weiter zu sagen braucht. Nur eines muß hier noch betont werden: Wenn Briand meint, es sei durch jenen Vorvertrag zu einer Zollunion zwischen Deutschland und Oesterreich „ein Stillstand“ in den deutsch-französischen Verständigungsbeziehungen eingetreten, so ist das eitel Geseufze. Frankreich wollte und will in alle Ewigkeit keine „Verständigung“ oder „Auslöschung“ mit Deutschland. Was man in Paris unter Verständigung versteht, das ist nichts anderes als Deutschlands Unterwerfung unter Frankreichs Vorherrschaft auf dem Festland. So bleibt es durch die Jahrhunderte: Richelieu und Napoleon I., Chateaubriand und Bonaparte, Thiers und Napoleon III. erscheinen uns wie Zeitgenossen und nehmen die Hüte von Pomérat und Clemenceau, Foch und Tardieu an, neue Träger altbekannter Rollen in einem Stück, das sich ewig wiederholt. (Vgl. Haller, Tausend Jahre deutsch-französischer Beziehungen.) Deutschland ist entzweit, machtlos, verarmt. Bestützt auf unsere Ohnmacht und eigene Bündnisse mit unseren östlichen Nachbarn, kann Frankreich sich schmeicheln, das europäische Festland unbestrittener als früher zu beherrschen. Der Völkerbund soll ihm hierzu als gefügiges Instrument, „Alleuropa“ als der willenslose Ambos dienen, auf dem es seinen Hammer arbeiten läßt: darum wehe Deutschland, wenn es nur auch den kleinsten Versuch macht, sich dem allgebietenden Willen Frankreichs zu entziehen.

Der Reichstag ist in die Oster- und Sommerferien gegangen. Erst im Oktober soll er wieder einberufen werden. Vorausgesetzt, daß nicht etwas Besonderes passieren sollte. Nicht einverstanden mit dieser langen Pause ist die Rechtsopposition. Natürlich auch nicht die kommunistische Partei. Kaum waren die Reichsboten zu Hause, so wurde von dieser Seite sofortige Wiedereinberufung gefordert. Es ist aber nicht anzunehmen, daß der Kellerterrat darauf eingehen wird.

Auch der Reichsrat macht Ferien. Vorher hat er eine wichtige Entscheidung getroffen; er hat gegen die vom Reichstag bzw. dessen Unten verabschiedete Einkommen- und Einkommensteuer-Erhöhung (10 Prozent Zuschlag bei einem Einkommen von 20 000 Mark aufwärts) Einspruch erhoben. Bis jetzt gab es eine Einkommensteuer von zehn bis fünfzig Prozent. Dazu kommen noch eine ganze Reihe von Realsteuern. Das ergibt nach Dr. Schacht („Das Ende der Reparationen“) für das Jahr 1930 das bedenkliche Bild, daß bei einem auf 62 bis 65 Milliarden Reichsmark geschätzten Volkseinkommen rund 30 Milliarden an Steuern und sozialen Abgaben (Reich, Länder, Gemeinden, Kirchen, Sozialversicherung) zu entrichten sind. Das sind nicht weniger als 45 Prozent des gesamten Volks-

einkommens. Deshalb jene Verzweiflung. Sie erregte im Interesse der „Reubildung von Privatkapital“, ohne welches keine Wirtschaft leben und gedeihen kann. Tritt aber, wie in Sowjetrußland, an seine Stelle das Staatskapital („der Kollektivismus“), so muß ein Volk dann dauernd verarmen. Kein „Fünfjahresplan“ und keine „Sozialisierung“, nicht einmal eine „Bodenreform“ vermögen dann den Niedergang aufzuhalten.

Großes Aufsehen erregte die sofort nach Schluß des Reichstags erfolgte Notverordnung gegen politische Ausschreitungen. Sie betrifft Ausnahmemaßnahmen bezüglich Tragen von Parteiformen und Parteizeichen, Versammlungen, Kundgebungen auf der Straße oder sonst unter freiem Himmel, Zeitungen und Zeitschriften, Plakate und Flugblätter u. a. m.; sie schränkt bis auf weiteres wichtige Grundrechte der deutschen Verfassung ein. Erklärlich ist dies Vorgehen, wenn man bedenkt, daß innerhalb Jahresfrist nicht weniger als 300 Menschenleben Ausschreitungen zum Opfer gefallen sind. Zweifellos ein Beweis von einer erschreckenden Verrohung des politischen Kampfes, der leider einfach nicht mehr mit Waffen I's Geistes und Wortes, sondern mit der Faust, mit Messern und Stuhlbeinen, ja mit Messern und Feuerwaffen ausgetragen wurde.

Aber es ist doch die Frage, ob nicht die vorhandenen Strafgesetze und Polizeiverordnungen hinreichend genug gewesen wären, wenn sie nur von den zuständigen Behörden entsprechend angewandt würden. Ausnahmemaßnahmen sind immer etwas Mißliches, und vor allem kommt es dabei auf die praktische Anwendung an. Viele der Bestimmungen jener Notverordnung der Reichsregierung vom 28. März sind aber so behäblich gefaßt, daß die ausführenden Organe, je nachdem sie parteipolitisch eingestellt sind, sie so oder so, scharf oder mild, vernünftig oder unvernünftig handhaben können. So hat z. B. der Polizeipräsident Lübbing in Dortmund, der der Sozialdemokratischen Partei angehört, kaum daß die Notverordnung erschienen war, ein Stahlhelmplakat zum Volksbegehren beschlagnahmt, weil es außer den Worten „Der Landtag ist aufzulösen“ eine Zeichnung enthielt, die das preussische Landtagsgebäude mit einer roten Fahne darstellt. Diese Beschlagnahme war offenbar ein übereifriger Mißgriff, der auf Beschwerde des Stahlhelms vom preussischen Innenminister auch sofort rückgängig gemacht wurde. Ein ähnlicher Mißgriff wurde in Halle durch die Auflösung einer Bismarckfeier des Stahlhelms durch die Polizei gemacht. Derartige Vorkommnisse können allerdings die Behauptung der Opposition stützen, der Zweck der Notverordnung sei lediglich die Bekämpfung des Stahlhelm-Volksbegehrens für Auflösung preussischen Landtags. Außerhalb Preußens hat nämlich die Notverordnung mehr Ueberraschung als Befriedigung hervorgerufen, und die Bayerische Regierung hat dies in zwei ziemlich scharfen amtlichen Erklärungen zum Ausdruck gebracht, in denen sie zugleich den Irrtum des Reichsinnenministers Dr. Wirth richtigstellt, als haben die süddeutschen Regierungen die Notverordnung mit durchgearbeitet. Die bayerische Regierung stellt ausdrücklich fest, daß sie von der Notverordnung völlig überrascht worden sei und daß sie dieselbe nicht für richtig halte, wenn sie auch ein schärferes Vorgehen z. B. gegen die Werbung der „Gottlosen“ gewünscht habe. Die preussische Regierung hat übrigens ihrerseits nun ebenfalls versichert, daß die Handhabung der Notverordnung sich nicht gegen das Volksbegehren richten solle. Sie wird aber, wie jene Vorkommnisse zeigen, ihre Organe scharf überwachen müssen, um auch den bösen Schein zu meiden. Sonst würde die Notverordnung wahrscheinlich das Gegenteil von dem bewirken, was sie bewirken soll.

Die Passionswoche ist vorüber, will's Gott, so ist auch der Passionswinter des deutschen Volkes bald zu Ende. Daß er bei fünf Millionen Arbeitslosen ohne Bürgerkrieg vorüberging, das soll unserem Volke hoch angerechnet werden. W. H.

Landwirtschaft und Zollunion

Durch den zwischen dem Deutschen Reich und Deutsch-Oesterreich abgeschlossenen Vorvertrag über die Einführung einer Zollunion ist für die deutsche Landwirtschaft eine Fülle von Fragen ernst geworden. Vor allem handelt es sich darum, ob es gelingt, die deutsch-österreichische Zollunion durchzuführen, ohne die Interessen der deutschen Landwirtschaft ernsthaft zu gefährden. Grundsätzlich ist diese Möglichkeit durchaus gegeben. In mancher Hinsicht werden sich sogar auch auf landwirtschaftlichem Gebiete nicht zu unterschätzende Ergänzungsmöglichkeiten ergeben. Deutsch-Oesterreich hat einen lächerlichen Aufschubbedarf an Schwei-

nen von etwa 7 bis 800 000 Stück, dieser wurde bisher zu einem wesentlichen Teil durch Einfuhr polnischer Schweine gedeckt. Deutsche Schweine konnten nun mit Unterstützung von Einfuhrschweinen einermäßen und nur in geringen Mengen auf dem Wiener Markt konkurrieren. Im Rahmen der deutsch-österreichischen Zollunion müßte der deutschen Landwirtschaft ein erheblich größerer Anteil an der Schweineversorgung Wiens gesichert werden, als dies bisher der Fall gewesen ist. Für den deutschen Schweinemarkt könnte der Abfluß deutscher Schweine nach Oesterreich eine nicht zu unterschätzende Entlastung bedeuten.

Außer bei den Schweinen liegt auch noch ein regelmäßiger Zuschußbedarf Oesterreichs an Hafer vor. Dieser beträgt jährlich etwa 75 000 bis 100 000 Tonnen und würde somit geeignet sein, wenn auch nicht dem deutschen Hafermarkt in seiner Gesamtheit Erleichterung zu bringen, so doch eine merkliche Hilfe für die Gebiete Süddeutschlands darzustellen, die auf Grund ihrer natürlichen Bedingungen als ausgesprochene Haferanbau- und Ueberschußgebiete angesehen werden müssen.

Oesterreich hat ferner einen Einfuhrüberschuß von etwa 100 000 bis 150 000 Rindern zu verzeichnen. Auch auf diesem Gebiet würde die deutsche Landwirtschaft im Rahmen einer Zollunion gegenüber den anderen Ländern, wie Südschweden und Ungarn, einen Vorsprung erlangen. Auch bei den Kartoffeln dürften gewisse, allerdings keinesfalls zu überschätzende Ausfuhrmöglichkeiten vorhanden sein.

Im Gegensatz hierzu hat Oesterreich nur bei verhältnismäßig wenigen landwirtschaftlichen Produkten Aufschubüberschüsse aufzuweisen. Die größten Schwierigkeiten dürften sich beim Holz ergeben. Aber auch diese mühen im Hinblick auf das Gesamtziel überwunden werden. Die Ueberschüsse Oesterreichs an Kollereiprodukten sind vorläufig mengenmäßig, besonders im Hinblick auf den Gesamteinfuhrbedarf des Deutschen Reiches, der zurzeit noch vorhanden ist, gering.

Abgesehen von diesen Ausgleichsmöglichkeiten bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen zwischen Deutschland und Oesterreich ergibt sich die für die deutsche Landwirtschaft als Lebensfrage anzusehende Notwendigkeit, die österreichischen Agrarzölle den deutschen Agrarzöllen anzupassen. Die Spanne zwischen den österreichischen und den deutschen Agrarzöllen ist bei einer Reihe von Produkten außerordentlich groß. Infolge vertraglicher Bindungen beträgt z. B. der Zoll für Weizen, Roggen und Gerste in Oesterreich 17 Mark je Tonne gegenüber 250 Mark für Weizen in Deutschland, 200 Mark für Roggen und 200 Mark für Gerste. Dazu kommt allerdings in Oesterreich die Erhebung von 2 Prozent vom Wert plus Zoll bei der Einfuhr als Umsatzsteuer. Futtergerste ist in Oesterreich bislang sogar zollfrei, während Deutschland einen Futtergerstenzoll von 180 Mark je Tonne eingeführt hat. Desgleichen ist in Oesterreich der Mais zollfrei, während Deutschland die Mais-einfuhr im wesentlichen durch das Maismonopol gedrosselt hat. Hafer trägt in Oesterreich nur einen Zoll von 12,70 Mark je Tonne plus zwei Prozent Umsatzsteuer vom Wert plus Zoll. Ganz ähnlich liegen die Dinge beim Vieh. Der Schweinezoll beträgt in Oesterreich für Schweine über 40 bis 110 Kilo 15,27 Mark je Doppelzentner; bei Rindern über 500 Kilo 7,20 Mark je Doppelzentner, sonst 8,50 Mark je Doppelzentner. Dazu kommt beim Vieh allerdings die bei der Einfuhr erhobene wesentlich höhere Umsatzsteuer von 5½ Prozent vom Wert plus Zoll. Höher als das deutsche Zollniveau ist in Oesterreich lediglich der Zoll für Butter, der zurzeit 51 Mark je Doppelzentner plus 6½ Prozent Umsatzsteuer beträgt. Bei der Butter würde die gesamt erhobene Einfuhrabgabe in Oesterreich also etwa 60 Mark je Doppelzentner betragen, während in Deutschland zurzeit der Butterzoll sich auf nur 50 Mark je Doppelzentner beläuft.

Werden die österreichischen Zölle für landwirtschaftliche Erzeugnisse den deutschen Agrarzöllen nicht angepaßt, so entzieht in unserer Zollgrenze „das Loch im Süden“, durch das eine Vernichtung unserer landwirtschaftlichen Warenmärkte möglich würde. Praktisch wird jedoch nicht übertrieben ängstlich zu sein brauchen. Die österreichischen Getreidezölle sind im Handelsvertrag mit Südschweden noch bis 30. Juni 1931 gebunden. Wenderungsverhandlungen zwischen Oesterreich und Südschweden stehen vor der Tür. Es sind bestimmte Anzeichen vorhanden, daß die österreichische Regierung die deutschen Preise anstrebt, die auch die österreichische Landwirtschaft von jeher gefordert hat.

Neue Nachrichten

Einberufung der preussischen Generalynode

Berlin, 3. April. Die Generalynode der evangelischen Kirchen der altpreussischen Union ist auf den 20. April nach Berlin einberufen worden, um über die Stellungnahme der Kirche zu dem Entwurf des evangelischen Kirchenvertrags endgültig Beschluß zu fassen.

Die Regierung hat den Wunsch, den Kirchenvertrag noch in der am 28. April beginnenden Tagung des Landtags, also vor den Sommerferien, verabschieden zu lassen.

Kriecher-(Läuter)Schnecken

Kaufe laufend schöne große Kriecherschnecken (gemeint sind die mit grauen Häuten, sogenannten Weinbergshühnern) und bezahle bei streng reeller Abnahme die denkbar bestmögliche Höchstpreise. Wendet Euch alle ohne Ausnahme vertrauensvoll an mich, es wird Euch nicht gereuen.

J. Morin, Postfach 34, Kehl a. Rhein.



Der Reichsrat gegen das Fleischbeschaugesetz

Berlin, 8. April. Der Reichsrat hat gestern gegen die vom Reichstag verabschiedete Änderung des Fleischbeschaugesetzes Einspruch eingelegt mit der Begründung, die Gemeinden können nicht mitten im Haushaltsjahr den entstehenden Gebührenausschlag tragen. In einer Entschließung wurde die Reichsregierung aufgefordert, unverzüglich Maßnahmen zu treffen, um das weitere Einströmen von Krisenfürsorgeempfängern in die Wohlfahrtsfürsorge der Gemeinden zu verhindern, ohne daß den Gemeinden entsprechende Mittel zufällig überwiesen werden.

Sächsische Bedenken gegen die Notverordnung

Dresden, 3. April. Bei der Einführung des neuen Dresdener Oberbürgermeisters Dr. Külz in sein Amt erklärte der sächsische Innenminister Richter, die sächsische Regierung habe leider keine Gelegenheit gehabt, zum Inhalt der Notverordnung der Reichsregierung vom 28. März vor ihrem Erlaß Stellung zu nehmen. Wenn ihr dazu Gelegenheit gegeben worden wäre, so würde sie sich gegen verschiedene Bestimmungen, namentlich solche, die die Landeshoheit stark einengen, entschieden gewandt haben. Die sächsische Regierung lehne scharfmacherische Absichten ab; sie hoffe daher auch, von den Vollmachten der Verordnung nur in geringem Umfang Gebrauch machen zu können.

Kommunistische Werbung in der Reichswehr

Berlin, 3. April. Sieben Angehörige des Reiterregiments 9 und eine Anzahl kommunistischer Arbeiter sind festgenommen worden, welche letztere mit den Soldaten seit einiger Zeit in Beziehungen gestanden und eine kommunistische Zeitschrift „Der rote Reiter“, die aber erst in der zweiten Ausgabe erschienen ist, unter den Soldaten verteilt haben. Unter den verhafteten Reichswehrangehörigen befinden sich auch Unteroffiziere. Gegen sämtliche Beteiligten wird vom Oberreichsanwalt ein Verfahren eingeleitet.

Hitler in Weimar

Weimar, 3. April. Als Antwort auf die von der Landtagsmehrheit angenommenen Mißtrauensanträge gegen Minister Dr. Frick und Staatsrat Marschler veranstalteten die Nationalsozialisten eine Reichsversammlung, in der Adolf Hitler in einer Rede ausführte die nationalsozialistische Partei rüste zu neuem Angriff. Wer sich nicht unbedingt der vorgeschriebenen Marschroute füge, werde aus der Partei entfernt. Für ihn gebe es keine Schwierigkeiten weder durch Notverordnungen noch durch Parteizwistigkeiten. Die Partei werde sich durch die Notverordnung nicht auf das Glatteis von unüberlegten Handlungen locken lassen. Es werde jetzt eine riesenhafte Werbung aufgezogen werden. Der 1. April, an dem jene Mißtrauensanträge durch die Hilfe der Deutschen Volkspartei angenommen worden seien, werde der schwärzeste Tag für diese Partei und ihr Sterben in Thüringen und im Reich werden. Dr. Göbbels Berlin erklärte, die Meldung, daß er nach Wien übersiedeln werde wegen Meinungsverschiedenheiten, sei eine glatte Erfindung der gegnerischen Presse. Er werde in der Arbeit fortfahren, aus der Alphalüste Berlin wieder ein deutsches Berlin zu machen.

Der Volksbegehrensantrag in Thüringen zugelassen

Weimar, 3. April. Das thüringische Innenministerium hat den Antrag der Kommunistischen Partei auf Zulassung des Volksbegehrens auf Auflösung des Landtags zugelassen und die Auflegungszeit der Listen für die vom 19. April bis 2. Mai 1931 angelegt.

Die Berliner SA-Leute gegen Hitler

Berlin, 3. April. In der Nationalsozialistischen Partei in Berlin ist wieder ein Streit ausgebrochen. Adolf Hitler hatte den Berliner SA-Führer Hauptmann a. D. Stennes abgesetzt und durch Oberleutnant a. D. Schulz ersetzt. Eine Versammlung von Vertrauensleuten der Berliner Sturm-Abteilungen sprach nun trotzdem Stennes das Vertrauen aus. Hitler wurde in einer Entschließung vorgeworfen, daß er dem „Kapital“ zu große Zugeständnisse mache und der Verantwortung aus dem Wege gehe.

Weiter wird von Berliner Blättern gerüchtweise berichtet, Stennes wolle mit dem Stahlhelm einen „Waffenring“ schließen. Dies sei jedoch abhängig von der Haltung des sächsischen Führers Olf Killinger.

Killinger erklärte inzwischen, er sei und bleibe ein treuer Anhänger Hitlers und er habe mit dem Abfall der Berliner SA-Leute nichts zu tun. Dr. Josef Göbbels bleibt Gauführer in Berlin.

Hauptmann Stennes soll die Absicht haben, die norddeutsche SA-Truppe zu einem Verband der „Bereinigten Aktivistischen der NSDAP.“ zusammenzufassen, nachdem ein neuer Versöhnungsversuch mit Hitler gescheitert sei.

Nach einem im „Völkischen Beobachter“ (München) veröffentlichten Brief Hitlers an Dr. Göbbels wird diesem Generalvollmacht erteilt, die Parteiverhältnisse in Berlin rücksichtslos zu säubern. Es würde besser sein, daß es überhaupt keine nationalsozialistische Bewegung gebe, als daß sie eine Partei der Undisziplin, der Zerfahrenheit und des Ungehorsams sei.

Danzig kündigt das Anlegerecht für polnische Kriegsschiffe

Danzig, 3. April. Am 8. Oktober 1921 wurde auf Veranlassung des Generalsekretärs des Völkerbunds ein „einseitiges“ Abkommen zwischen Danzig und Polen betreffend die Benutzung des Hafens von Danzig durch polnische Kriegsschiffe unter besonderen Vergünstigungen geschlossen, da die polnischen Schiffe Schwierigkeiten hätten, während des Winters einen schützenden Hafen zu finden. Eine besondere Vereinbarung sah vor, daß dieses Abkommen zum 1. Juli 1931 mit dreimonatiger Frist, d. h. ab 1. April 1931 gekündigt werden kann. Der Senat hat jetzt von seinem Kündigungsrecht Gebrauch gemacht und die Kündigung des Abkommens am 1. April 1931 ausgesprochen. Der polnische Hafen östlich ist genügend ausgebaut; es liegt also kein Anlaß mehr vor, polnischen Kriegsschiffen in Danzig besondere Vorteile einzuräumen.

Sahm Oberbürgermeister von Berlin?

Berlin, 3. April. Zwischen den Stadtverordnetenfraktionen der Sozialdemokratie, der Demokratischen Staatspartei und der Deutschen Volkspartei ist vereinbart worden, den früheren Danziger Senatspräsidenten Dr. Sahm zum Oberbürgermeister zu wählen. Dafür erhält die Sozial-

demokratie einen der beiden Bürgermeisterposten. Der Form wegen wird die Sozialdemokratie im ersten Wahlgang für ihren Kandidaten Braun, im zweiten für Sahm stimmen. Die Wahl findet am 14. April statt.

Die französischen Kriegsdokumente

Paris, 3. April. Der fünfte Band der französischen diplomatischen Schriftstücke, aus der Zeit vom 8. Februar bis 10. Mai 1912, der kürzlich veröffentlicht wurde, hätte, wie sich nun herausstellte, bereits im Juli 1930 erscheinen sollen. Es sind aber Änderungen vorgenommen und die wichtigsten Schriftstücke ausgemerzt worden. Aber auch aus den verbliebenen Dokumenten wird unwiderleglich dargetan, daß Poincaré schon im Frühjahr 1912 fest entschlossen war, Deutschland durch einen Einfall ins rheinisch-westfälische Industriegebiet über Belgien anzugreifen. (Dieser Einfallplan wurde bekanntlich im vorigen Jahr zwischen Frankreich und Belgien vereinbart.) In Berlin scheint man damals von dem Plan Kenntnis erhalten zu haben, weshalb der deutsche Generalstab die Verklärung der deutschen Garnisonen in dem zunächst bedrohten Gebiet von Aachen forderte. Diese Forderung benötigte hinwiederum Poincaré, um den Engländern „deutsche Angriffsabsichten auf Belgien“ vorzuspiegeln. Aus den Dokumenten geht ferner hervor, daß Poincaré sich auf Gedeih und Verderb mit der russischen Diplomatie verbunden hatte, die gegen den Willen des Zaren Nikolaus auf den Krieg hinarbeitete. Die französischen Botschafter in Petersburg warnten Poincaré wiederholt vor allzu enger Verbindung mit dieser Diplomatie, die unvermeidlich zum Krieg führen müsse, aber trotzdem oder vielmehr eben deswegen hielt Poincaré diese Verbindung aufrecht. Interessant sind auch die französischen Dokumente über die lebhaften Bemühungen Frankreichs, schon seit 1911 Oesterreich und Italien vom Dreibund mit Deutschland zu trennen.

Gegenvorschläge Briands

London, 3. April. „Daily Telegraph“ erzählt, Briand wolle während der nächsten Tagung des Völkerbundsrates diesem, sowie Deutschland und Oesterreich Gegenvorschläge für einen größeren wirtschaftlichen Verband machen, dem diese beiden Länder ebenso wie andere Länder einschließlich Frankreich, beitreten könnten. Das Auswärtige Amt in Paris fange an, die rechtlichen Schwierigkeiten zu erkennen, die einem tatsächlichen Einspruch gegen die deutsch-österreichische Vereinbarung im Wege stehen und es werde bereits zugegeben, daß eine Zollunion den Buchstaben der Verträge von Versailles und St. Germain nicht verletze. Es sei auch nicht sicher, ob der Saager Gerichtshof die Abmachung als Verletzung des Genfer Anleiheprotokolls vom Jahre 1922 bezeichnen würde. — Briand will also die Zollunion verwässern und unter Frankreichs Leitung bringen.

Rassenerhaftungen in Rußland

Warschau, 3. April. Die Wälder berichten aus Charkow (russ. Ukraine), die Sowjetregierung habe dort 24 höhere Stabsoffiziere, 16 Professoren der höheren Lehranstalt und 150 Studenten wegen sowjetfeindlicher Zusammenarbeit verhaften lassen.

Das Erdbeben von Managua

Der Brand in der von dem furchtbaren Erdbeben betroffenen Hauptstadt Managua wurde im Lauf des Mittwochs bewältigt. Die Regierung läßt Lebens- und Heilmittel für die 60 000 Einwohner des Erdbebengebietes herbeischaffen. Unter den Todesopfern wird ein Deutscher namens Morris genannt, der mit abgequerschten Beinen noch einige Zeit unter den Trümmern lebend verbrachte. Von der englischen und französischen Kolonie soll niemand umgekommen sein. Die Ingenieure bezweifeln, ob der von den Vereinigten Staaten geplante und teilweise bereits im Bau begriffene zweite „Panama-Kanal“ durch Nicaragua hindurch vom Atlantischen zum Stillen Weltmeer durchführbar ist, da er durch Erdbebengebiet führt.

Die „New York Times“ berichtet von weiteren schweren Erdstößen. Die Regierung der Vereinigten Staaten prüft ernstlich die Frage, ob der große Kanal wirklich gebaut werden soll.

Reichspräsident v. Hindenburg hat dem Staats-



Unkündbare Tilgungsdarlehen für Hypotheken - Ablösung Hausbau, Hauskauf

erhalten Sie nach mindestens einjähriger Wartezeit und nach Mindesteinzahlung von 15% der Sparsumme

zu 1 % Zins bei 5 % jährl. Tilgung
(einschließlich Lebensversicherungs-Prämie und Verwaltungskosten)

von der **Volkshilfe** g. gemeinnützige Bausparkasse, m. b. H. Stuttgart, Kriegsbergstraße 38
Fernsprecher 202.54.55

Mitarbeiter gesucht



Ausschneiden! Wenn Sie dieses Inserat Ihrer Bestellung beilegen, erhalten auch Sie das gute Edelweiß-Dauerrad

Herrnrad Nr. 11 A mit Edelweißblumen u. Goldlinien-Verzierungen. Torpedo u. pa. Bereifung (Dunlop od. Continental), Sattel gelb vernickelt, m. vernic. Helm, niemals rostend.

70

Stahlspeichen und fünfjährigem Garantieschein, zu Mk. (Damenrad Nr. 14 A Mk. 80) frachtfrei u. verpackungsfrei bis zu Ihrer Eisenbahnstation. Vorherkasse od. Bahnannahme. Katalog Nr. 130 senden gern gratis und franko. Fahrräder, Nähmaschinen u. Gummireifen mit unserer gesetzlich geschützten Marke „Edelweiß“ sind in Fahrradhandlungen nicht erhältlich, sondern nur von uns oder unseren Vertretern.

Bisher über 1/2 Million Edelweißräder geliefert
Das konnten wir wohl nimmermehr, wenn Edelweißrad nicht gut u. billig wär.

Edelweiß-Decker, Deutsch-Wartenberg 70
Fahradbau-Leistungsfähigkeit pro Woche 1000 Edelweiß-Räder

präsidenten von Nicaragua telegraphisch seine und des deutschen Volks herzliche Anteilnahme zum Ausdruck gebracht.

Weitere Meldungen aus Managua besagen, daß viele Ausländerinnen umgekommen seien, wahrscheinlich auf dem Marktplatz, sowie in dem völlig zerstörten größten Warenhaus von Francisco Braun, der deutscher Abkunft ist. Der Plan einer dauernden Räumung Managuas finde nachende Zustimmung.

Etwa 25 000 Menschen sollen die Stadt Managua verlassen und sich in das Innere des Landes gezogen haben. 20 000 Obdachlose wurden in einem riesigen Zeltlager auf einem Hügel in der Nähe der Stadt untergebracht. Bis jetzt wurden über 1200 Tote festgestellt.

Württemberg

Stuttgart, 3. April.

Kein Besuch des Reichszanklers. Die für die Zeit nach Ostern angekündigte Versammlung in Stuttgart, in der Reichszankler Dr. Brüning sprechen sollte, kann vorerst nicht stattfinden. Die Rückflüchtigen auf die derzeitigen politischen Aufgaben machen es, wie das „Deutsche Volksblatt“ berichtet, dem Kanzler gegenwärtig unmöglich, nach Stuttgart zu kommen.

Besuch des amerikanischen Botschafters in Stuttgart. Der amerikanische Botschafter in Berlin, Herr Sackett, wird am 8. und 9. April Stuttgart besuchen und dabei der würt. Regierung und der Stadtverwaltung Stuttgart seine Aufmerksamkeit machen.

Aus dem Lande

Heilbronn, 3. April. Verabschiedung des städtischen Etats. — 15 Prozent Umlage. In der Gemeinderatsitzung wurde der Voranschlag für das Haushaltsjahr 1931 verabschiedet. Er schließt in den Einnahmen mit 5 941 730 RM. (1930: 5 915 910 RM.), in den Ausgaben mit 8 488 665 RM. (8 200 575 RM.); es ergibt sich also für das neue Etatsjahr ein Abmangel von 2 546 935 RM. (2 284 665 RM.). Dieser Abmangel soll gedeckt werden durch 1 845 000 RM. aus der Gemeindeumlage in der bisherigen Höhe von 15 Prozent, 250 000 RM. aus der Steuerumlage, 368 935 RM. aus den Ueberschüssen des Jahres 1929 und 80 000 RM., die die ab 1. April d. J. mit den einfachen Sägen neu einzuführende Bürgersteuer (an Stelle der bisherigen Einwohnersteuer) an Mehreinnahme erbringen wird. Der Reinertrag des Gemeindevermögens erhöht sich in diesem Jahr eine Steigerung um 51 000 RM. auf 658 000 RM. Das Gemeindevermögen ist von 1 178 645 Reichsmark im Vorjahr auf 1 203 570 RM. gestiegen. Die Schulden der Stadt betragen am 1. April 1931 rund 8,2 Millionen, gegenüber dem Vorjahr mehr 1,5 Millionen. Das Fürsorgeamt erfordert 659 730 RM. gegen 290 360 Reichsmark im Vorjahr. Der Finanzausschuß des Landtags hat für das Heilbronner Stadttheater einen Staatsbeitrag von 125 000 RM. bewilligt.

Endersbach Oa. Waiblingen, 3. April. Vom Zug überfahren. Als der 53jährige Oberweihenwäiter Karl Maile am Mittwoch nachmittag auf dem Bahnhof einen Handwagen mit Eypressgut über das Gleis schob, wurde er von dem durchfahrenden Eilzug Stuttgart-Kalen, den er nicht bemerkt zu haben scheint, überfahren und sofort getötet.

Kalen, 3. April. Städt. Voranschlag. Der Hauptvoranschlag für 1931 weist 1 494 000 Mark Ausgaben und 986 000 Mark Einnahmen aus, so daß 508 000 Mark Abmangel verbleiben. Der Deckungsvorschlag sieht wie im Vorjahr 25 Proz. Umlage vor, wozu der Beitrag aus dem Ausgleichsstock und aus dem Schullastensockel kämen. Die Fürsorgekosten haben sich mehr als verdoppelt, gegen 1929 mehr als verdreifacht und sind mit 80 000 Mark eingeseht. Bürgersteuer, Bier- und Getränkesteuer sind bereits in den Voranschlag einbezogen.

Bad Mergentheim, 3. April. 50 Jahre Oberamtsparakasse. Die Oberamtsparakasse Mergentheim besteht am 1. April 1931 50 Jahre. Der Stand der Einlagen betrug am 31. März 1931 mit Aufwertungseinlagen rund 6 600 000 Mark. Damit hat die Gesamtsumme der Einlagen rein zahlenmäßig den Vorkriegsstand nicht nur erreicht, sondern um bald eine Million Mark überschritten. Ihrem Einlagebestand nach steht die Oberamtsparakasse Mergentheim an 36. Stelle unter den 70 württembergischen Sparkassen. Am Schluß des Jahres 1930 waren insgesamt 9241 Sparbücher ausgegeben, d. h. auf jeden 3. Bezirksbewohner entfällt ein Sparbuch mit einer durchschnittlichen Einlage von 352 Mark. Unter Heranziehung der Depositen — Festgelder — aber unter Weglassung der Girogelder ergibt sich ein durchschnittlicher Einlagenbestand auf den Kopf der Bevölkerung von 238 Mark. Bei der Oberamtsparakasse und ihren Zweigstellen sind heute 4 Beamte, 6 Angestellte und 1 Diener, außerdem nebenberuflich zwei Personen beschäftigt.

Im Fahrstuhl tödlich verunglückt. Die Frau des Kaufmanns Englert hier ist in ihrem Neubau tödlich verunglückt. Sie geleitete einen Herrn im Fahrstuhl in ein oberes Stockwerk. Der Herr war bereits ausgestiegen; als Frau Englert eben auch auf den Gang hinausstreiten wollte, setzte sich der Fahrstuhl nach oben weiter in Bewegung und klemmte die an der Türe befindliche Frau mit dem Kopf zwischen Fahrstuhl und Decke ein. Frau Englert war sofort tot.

Ellwangen, 3. April. Die Verluste der Gewerbe- und Landwirtschaftsbank. Durch die Unregelmäßigkeiten und Verfehlungen des inhaftierten Vorstandsmitglieds Ziegelbauer, seither zweiter Direktor der hiesigen Gewerbe- und Landwirtschaftsbank, sind der Bank rund 200 000 Mark Verluste entstanden. Unter diesen Umständen konnte für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende nicht verteilt werden. Eine Schädigung der Spareinlagen kommt nicht in Frage.

Neresheim, 2. April. 100-Jahrfeier. Mit dem diesmaligen Schluß der Gewerbeschule wurde zugleich die 100-Jahrfeier der Schule begangen; nachträglich, denn schon am 12. November 1825 erfolgte die Gründung der hiesigen Handwerkerschule, und zwar durch den Kirchenkonvent als eine Sonntagsschule für junge Handwerker. 1829 heißt die Schule erstmals Gewerbeschule. Die Schule gab ein Diplom heraus: Altneresheim mit Mauern und Türmen um 1788. Die hiesige Volksschule als älteste Bezirksschule ist bereits 433 und die Realschule 85 Jahre alt.

Kirchheim u. T., 3. April. Preisgetrönt. Den Schulpreis 1931 des Deutschen Schullehrer-Bundes e. V. (Karlsruhe) hat der Direktor des Eberhard-Ludwig-Gymnasiums Stuttgart im Einvernehmen mit den Fachlehrern dem Abiturienten Eugen Berstenmaier aus Kirchheim u. T.